

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke
Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

entschuldigt fehlte Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhart
Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

entschuldigt fehlte Torsten Kastrioti

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Michael Kieseewetter

Dezernent

Dezernent Armin Schönfelder

als Gast

entschuldigt fehlte Stephanie Wolf

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Ev.-luth. Kirche

entschuldigt fehlte Matthias Rensch

Freie Jugendhilfe

beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
entschuldigt fehlte Ulrike Luhmann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
entschuldigt fehlte Klaus Puschmann
Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt
Stimmberechtigte Sachverständige (Vertretung) Hilke Schwarting-Boer
beratendes Mitglied Niels Westerholt
beratendes Mitglied Gabriele Willich
Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Jugendamt

Jugendamt Andreas Leonhardt

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Inga Schollenberger

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Ortsbürgermeisterin

Anja Mandt

Protokollführer

Protokollführer Blanca Homma

Röm.-kath. Kirche

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Heinz Anneessen

Holger Barkowsky

Vanessa Bartelt-Kapustin

Sonja Büsing

Frank Pawlowski

Stephanie Schneider

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.04.2022 | |
| 4 | Bericht des Vereins für kommunale Prävention (VKP) | |
| 5 | Budget- und Produktberichte des THH 251 zum Stichtag 30.04.22 | |
| 6 | Initiativantrag des Ortsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Aufnahme einer Kindertagesstätte in Fedderwarden in die Kindergartenbedarfsplanung und Ankauf eines Grundstückes | 528/2022 |
| 7 | 10. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven | 135/2022 |
| 8 | Antrag Ratsherr Hager auf Gründung einer kommunalen Kindertagesstätte | 538/2022 |
| 9 | Kindertagespflege in Wilhelmshaven | |
| 10 | Planung einer Beschwerdestelle für den Adoptions- und Pflegekinderdienst (APKD) | |
| 11 | Jugendhilfe-Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine | |
| 12 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 12.1 | Sachstand der Bewilligungen im Rahmen der Aktionsprogramme "Startklar in die Zukunft", „Aufholen nach Corona“ und „LernRäume“ | |
| 12.2 | Vorstellung des Sommerferienprogramms der Stadtjugendpflege | |
| 12.3 | Aktueller Planungsstand der Herbstfreizeit des Jugendamts | |
| 12.4 | Abschlussbericht „Weltoffene Kommune“ | |
| 12.5 | Umzug des Jugendamts in die Schellingstraße | |

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

--

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Burkhart beantragt die Verschiebung des TOP 8 „Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Aufnahme einer Kindertagesstätte in Fedderwarden in die Kindergartenbedarfsplanung und Ankauf eines Grundstückes“ vor den TOP „10. Fortschreibung Kindertagesstättenbedarfsplanung“. Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 rücken entsprechend nach hinten.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.04.2022

Die Genehmigung der Niederschrift erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Bericht des Vereins für kommunale Prävention (VKP)

Herr Hager begrüßt Herrn Barkowsky und Frau Bartelt-Kapustin vom Verein für kommunale Prävention als Gäste im Jugendhilfeausschuss. Herr Barkowsky erklärt, dass die Stadt Wilhelmshaven dem Verein für kommunale Prävention die Verantwortung für Prävention übertragen habe. Dafür werde der Verein von der Stadt bezuschusst. Präventionsarbeit sei in verschiedenen Feldern notwendig und auch kostengünstiger als Interventionen.

Frau Bartelt-Kapustin stellt anhand der anliegenden Präsentation die Arbeit des VKP vor. Trotz Pandemie sei die Arbeit sehr erfolgreich, für die Zukunft seien viele weitere Projekte geplant. Herr Koût und Herr Suberg bedanken sich für die gute Arbeit. Herr Ratzmann erklärt, dass die Vorstellung des VKP eine Vorarbeit sei und demnächst ein Beschluss folgen müsse, damit der VKP weiterhin unterstützt werden könne. Herr Koût erbittet eine zügige Erarbeitung der Vorlage, damit im September darüber abgestimmt werden kann.

Beschluss:

--

5 Budget- und Produktberichte des THH 251 zum Stichtag 30.04.22

Herr Ratzmann stellt den aktuellen Produktbericht für den Teilhaushalt 251 zum Stichtag 30.04.22 anhand der anliegenden Präsentation vor. Dabei sei die Einhaltung des Finanzbudgets gefährdet. Die aktuelle Prognose zeige ein Defizit von 2,5 Mio. €. Diese seien hauptsächlich auf die Produkte Heimerziehung und Eingliederungshilfe zurückzuführen. Im Hinblick auf die Finanzierung der Kindertagesstätten reiche das Budget in diesem Jahr aus, künftig sei jedoch zu erwarten, dass aufgrund von mehr KiTa-Plätzen und gesetzlichen Neuerungen ein höheres Budget benötigt werde.

Herr Schönfelder ergänzt, dass die Kostensteigerungen auch auf eine notwendige Steigerung der Entgelte zurückzuführen seien und es keinen Handlungsspielraum gebe, da es sich um Pflichtleistungen handle.

Beschluss:

--

**6 Initiativantrag des Ortsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: 528/2022
Aufnahme einer Kindertagesstätte in Fedderwarden in die
Kindergartenbedarfsplanung und Ankauf eines Grundstückes**

Herr Burkhardt verliest den Intiviativantrag des Ortsrats Sengwarden.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Ortsrat Sengwarden beantragt:

1. In die jährliche Kindergartenbedarfsplanung wird dauerhaft eine Kindertagesstätte in Fedderwarden aufgenommen, da diese zur Deckung des notwendigen Betreuungsbedarfs vor Ort erforderlich ist.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das von der LEG der Stadt Wilhelmshaven zum Kauf angebotene Grundstück Poststraße/ Pastorenweg in Fedderwarden zu erwerben.

Auf diesem Grundstück soll eine Kindertagesstätte gebaut werden. Der Bau soll privatwirtschaftlich erfolgen, sofern die Stadt dies bis zum Jahr 2024 nicht selbst realisieren kann. Zur Refinanzierung des Ankaufs sollen die Grundstücke des „Hummelhus“ und des alten Feuerwehrgerätehauses in Fedderwarden dienen. Der Verkauf soll projektbezogen (z.B. für barrierefreies Wohnen) unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates erfolgen.

Begründung:

1. Mit der jährlichen Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung legt das Jugendamt eine differenzierte Analyse der Inanspruchnahme der Angebote zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen in der Stadt Wilhelmshaven vor. Im Rahmen dieser gesetzlichen Planungsverantwortung obliegt es der Stadt Wilhelmshaven als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, den Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten in Krippen, Kindertagesstätten und Horten zu planen und jährlich fortzuschreiben. Im Planungsraum I (Stadtnorden) befinden sich nach der mittelfristigen Planung des Jugendamtes rund 60 Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren und nochmals 60 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren. Seit einigen Jahren wird dort ein deutlicher Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten prognostiziert, der nur durch Vorhaltung in anderen Planungsräumen aufgefangen werden kann. Bisher deckte die Einrichtung „Hummelhus“ der AWO, gelegen in Fedderwarden, sowie der AWO Kindergarten in Sengwarden an der Grundschule den Planungsbereich ab. Durch den beabsichtigten Umzug der Kita „Hummelhus“ nach Sengwarden würde in Fedderwarden kein ortsnahe Betreuungsangebot mehr zur Verfügung stehen, sondern sich die Betreuung ausschließlich in Sengwarden konzentrieren. Deswegen wird darum gebeten, in Fedderwarden dauerhaft ein entsprechendes Betreuungsangebot vorzuhalten.
2. Sowohl im Ortsrat am 03.02.2022 als auch im BGGs am 10.02.2022 (siehe Anlage im RIS) wurden die möglichen Varianten der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Sanierung oder den Neubau der Kindertagesstätte „Hummelhus“ in Fedderwarden von der Betriebsleiterin Frau Groh vorgestellt. Der Neubau stellt langfristig die wirtschaftlichste Lösung dar. Das von der LEG der Stadt Wilhelmshaven zum Kauf angebotene Grundstück Poststraße/ Pastorenweg in Fedderwarden ist aus Sicht der Dorfentwicklung das am besten geeignete Grundstück.

vor. Zu betonen sei in diesem Zusammenhang die hohe Diskrepanz zwischen statistischen Berechnungen und den Zahlen der Unversorgten auf dem KiTa-AV Portal. Das Jugendamt arbeite mit Hochdruck daran, in Kooperation mit Trägern zeitnah neue KiTa-Gruppen zu schaffen.

Frau Heide erkundigt sich, ob durch das Programm auch abgebildet werden könne, wie viele Eltern eigentlich eine höhere Stundenanzahl der Kinderbetreuung wünschen. Das sei aktuell nicht der Fall. Herr Burkhardt erklärt, dass Ganztagesplätze sein Standortfaktor für Wilhelmshaven wären und die Schaffung dieser daher interessant sei.

Unter Beteiligung von Frau Sanchez-Mengeler, Herrn Ratzmann, Frau Weinstock, Frau Biermann, Herrn Schaarschmidt und Frau Stomberg werden die dramatischen Auswirkungen des Mangels von KiTa-Plätzen auf Familien diskutiert. Für Nichtdeutschsprachige und alleinerziehende Arbeitnehmer sei die Unterversorgung ein großes Problem. Herr Koût schlägt aus diesem Grund vor, Priorisierungen vorzunehmen. Diese lehnen Herr Schaar und Herr Ratzmann ab, da der Betreuungsanspruch den Kindern gelte und nicht den Eltern. Der einzige Weg sei, die Mangelverwaltung zu überwinden.

Herr Burkhardt legt dem Jugendhilfeausschuss einen gemeinsamen Änderungsantrag der Ratsgruppe GRÜNE und GfW sowie der CDU-Fraktion zur Vorlage 135/2022 mit folgendem Beschlussvorschlag vor:

Änderungsantrag

Die Kindertagesstättenbedarfsplanung 10. Fortschreibung 2022 wird wie folgt ergänzt:

In die jährliche Kindergartenbedarfsplanung wird dauerhaft eine Kindertagesstätte in Fedderwarden aufgenommen.

Begründung:

Mit Vorlage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Sanierung oder Neubau der Kindertagesstätte „Hummelhus“ in Fedderwarden wurde festgestellt, dass ein Neubau langfristig die wirtschaftlichste Lösung darstellt. Um auch weiterhin ein Betreuungsangebot in Fedderwarden zur Verfügung zu stellen, ist die Festschreibung der Kindertagesstätte im Bedarfsplan notwendig.

Mit Festschreibung im Bedarfsplan wird ebenfalls dem Initiativantrag und dem erfolgten einstimmigen positiven Votum im Ortsrat Rechnung getragen.

Auf Nachfrage von Herrn Schaarschmidt erläutert Herr Schönfelder, dass der Begriff dauerhaft in diesem Fall unbefristet bedeute und die Dauer so lange gelte, wie Bedarfe bestehen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der 10. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird mit der im Änderungsantrag vorgesehenen Ergänzung zugestimmt.

Da Herr Hager den Antrag 538/2022 der SPD-Fraktion einbringt, wird der Vorsitz für diesen TOP von seiner Stellvertretung Frau Heide übernommen. Herr Hager erklärt, dass mit der Eröffnung einer kommunalen KiTa die Trägerlandschaft erweitert werden könne.

Herr Koût, Frau Weinstock, Herr Weithöner und Frau Dr. Haarmann sprechen sich gegen die Gründung einer kommunalen KiTa aus. Gründe seien die bereits sehr vielfältige Trägerlandschaft, die potenzielle Vermischung von Rollen innerhalb des öffentlichen Trägers sowie das Subsidiaritätsprinzip. Herr Schönfelder verliest § 4 SGB VIII, wonach die öffentliche Jugendhilfe von einer eigenen Trägerschaft absehen soll. Insofern sei dies nur für Ausnahmefälle vorgesehen. Herr Schaarschmidt erkundigt sich, ob außer der Vielfalt in der Trägerlandschaft, die bereits bestehe, weitere finanzielle oder zeitliche Vorteile mit einer kommunalen Trägerschaft verbunden seien. Herr Ratzmann verneint das. Das Interesse der Träger an dem Betrieb der KiTa sei ebenfalls gegeben.

Im Hinblick auf Punkt 3 des Antrags kritisieren Frau Dr. Haarmann und Herr Ratzmann, dass die Verfassung einer Konzeption komplex sei und nicht BBS-Schülern überlassen werden könne. Herr Schönfelder und Herr Hager erklären, dass es lediglich als Kooperation vorgesehen sei.

Herr Hager zieht den Antrag zurück und kündigt einen künftigen Auftrag an die Verwaltung an, die darin enthaltenen Punkte zu prüfen.

Herr Schönfelder erfragt, ob der Bau der KiTa Friedensstraße überhaupt dem aktuellen Interesse des Jugendhilfeausschusses entspreche. Da dies aus formalen Gründen nicht offiziell abgestimmt werden könne, erfragen Herr Schönfelder und Herr Ratzmann ein Stimmungsbild. Alle anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses befürworten den Bau der KiTa Friedensstraße. Frau Heide merkt kritisch an, dass die Verzögerung des Baus dem Rat lediglich mitgeteilt worden sei und kein Beschluss stattgefunden habe.

Frau Dr. Haarmann und Herr Ratzmann befürworten, dass der Betrieb der KiTa Friedensstraße vor Baubeginn ausgeschrieben wird, um den Träger bei der Gestaltung zu beteiligen. Herr Schönfelder erinnert daran, dass die Fördergelder für den Bau der KiTa ablaufen und das Verfahren sehr schnell umgesetzt werden müsse.

Beschluss:

-zurückgezogen-

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Stadt Wilhelmshaven begründet im Kindertagesstätten-Neubau an der Friedenstraße unmittelbar nach dessen Fertigstellung eine kommunale KiTa und wird damit als Träger tätig.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig mit allen dafür notwendigen Vorbereitungen zu beginnen, sodass der Betrieb nach der Fertigstellung des Gebäudes beginnen kann.
3. Das pädagogische Konzept nach §3 NKiTaG soll die Verwaltung gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern im Ausbildungsgang „Erzieher“ an der Berufsbildenden Schule entwickeln.
4. Die Kindertagesstätte soll im Ganztag laufen und dementsprechend adäquate Betreuungszeiten anbieten.
5. Die Verwaltung informiert den Rat in seiner Dezember-Sitzung über den Sachstand der Umsetzung dieses Antrages.

Wir bitten um Zustimmung!

Begründung:

Das Kindertagesstättenentwicklungskonzept, welches dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung vom 20. April diesen Jahres vorgestellt wurde, zeigt den massiven Mangel an KiTaPlätzen in unserer Stadt. Diese Situation wird durch den Wegfall zahlreicher Einrichtungen in den kommenden Jahren nur noch verschärft. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, diesem Mangel entgegenzutreten. Zum einen übernehmen wir damit die Verantwortung für die zahlreichen Familien und Alleinerziehende unserer Stadt, zum anderen kommen wir mit einer flächendeckenden Versorgung dem Rechtsanspruch, den Eltern auf einen KiTa-Platz haben, An den Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven Herrn Carsten Feist Rathausplatz 1 26382 Wilhelmshaven nach. Im Rahmen der vom Gesetzgeber geforderten Träger-Vielfalt ist neben den vielfältigen Angeboten der freien und kirchlichen Träger aus unserer Sicht eine kommunale Kindertagesstätte unabdingbar, um das Angebot in unserer Stadt bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Die Ganztagsbetreuung steht dabei unter einem besonderen Augenmerk, da es für viele berufstätige Eltern unmöglich ist, ihre Kinder nur halbtags in einer Einrichtung unterzubringen. Als Kommune mit dem Anspruch der Arbeitnehmerfreundlichkeit benötigen wir dringend mehr Plätze in der Ganztagsbetreuung. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen, dass sie ihre Kinder vor Ort (ganztags) unterbringen können, dann ist dies auch ein wirtschaftsfördernder Standortfaktor für Wilhelmshaven. Der Standort Friedenstraße ist dabei aus unserer Sicht jetzt optimal, da die Stadt Wilhelmshaven nach Fertigstellung Eigentümer des Gebäudes sein wird und so nicht noch Mietkosten für die Unterbringung der KiTa anfallen. Das pädagogische Konzept, die Seele einer KiTa, soll dabei unter Mitwirken von Auszubildenden zum Erzieher an der berufsbildenden Schule erfolgen. So können diese ihr in der Theorie erlerntes Wissen direkt praktisch umsetzen und werden dadurch ggf. auch animiert, nach der Fertigstellung ihrer Ausbildung in unserer Stadt zu bleiben und ggf. an der kommunalen KiTa eine Anstellung zu finden. Somit binden wir gut ausgebildete Fachkräfte an Wilhelmshaven.

9 Kindertagespflege in Wilhelmshaven

Herr Hager begrüßt Frau Schneider und Frau Büsing aus der wilhelmshavener Kindertagespflege als Gäste im Jugendhilfeausschuss. Frau Büsing erklärt, dass die Sprecherinnengruppe aufgelöst worden sei und nun die Regionalgruppe die Fürsprache der Kindertagespflege Wilhelmshaven übernehme. Frau Schneider fügt hinzu, dass Kindertagespflege ein gleichwertiges Angebot zu Kindertagesstätten sei und es verschiedene Formen gebe, die sich darin unterscheiden, ob Kindertagespflegepersonen einzeln oder zusammen arbeiten und ob die Betreuung der Kinder in den Räumlichkeiten der Kindertagespflegeperson oder in angemieteten Räumlichkeiten stattfinde. Aktuell werden die Kindertagespflegepersonen mit einem Stundensatz von 4,67 € bezuschusst, darin enthalten sei eine Sachkostenpauschale sowie ein Förderleistungsbeitrag. Der Stundensatz werde pro Kind pro Stunde gezahlt. Vor- und Nachbereitung, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, Reinigung, Werbekosten und Buchhaltung werden nicht separat berücksichtigt. Daher sei der Stundensatz für die Fachkräfte sehr gering, um den aktuellen Lebensunterhalt und die Altersvorsorge zu finanzieren. Wünschenswert sei daher die Verdopplung der Sachkosten auf 2 € sowie eine Anhebung der Förderleistung um 0,40 €, sodass ein Stundensatz von 6,07 € entstünde. Herr Ratzmann erklärt, dass die Arbeit der Kindertagespflegepersonen wertvoll und nicht einfach sei. In den kommenden Sitzung soll daher eine Anpassung beschlossen werden, um auch mit der Nachbarkommune mithalten zu können. Ein Ausbau der Kindertagespflege sei im Hinblick auf das Defizit an Betreuungsplätzen und die hohe Flexibilität der Kindertagespflege erstrebenswert. Nun erfolge die interne Kalkulation, um dem Ausschuss

zeitnah eine Beschlussvorlage für die Anpassung zu präsentieren. Frau Hacke fügt hinzu, dass die Kämmerei bereits informiert sei und die Kosten für den Haushalt 2023/24 bereits verwaltungsintern hinterlegt worden seien. Herr Weithöner und Herr Hager befürworten dieses Vorgehen.

Beschluss:

--

10 Planung einer Beschwerdestelle für den Adoptions- und Pflegekinderdienst (APKD)

Herr Hager begrüßt Herrn Anneessen und Herrn Pawlowski vom Adoptions- und Pflegekinderdienst des Jugendamts Wilhelmshaven als Gäste im Jugendhilfeausschuss. Herr Pawlowski und Herr Anneessen erklären, dass gemäß den Neuerungen im KJSG eine Möglichkeit zur Beschwerde für Pflegekinder geschaffen werden soll. Die aktuellen Planungen erklären sie wie in der Anlage hinterlegt. Im Herbst soll das nächste Gespräch stattfinden, um die Planung weiter zu konkretisieren.

Herr Anneessen fügt auf Nachfrage von Herrn Koût hinzu, dass Überlegungen dahin gehen, beispielsweise mit dem Wendepunkt zu kooperieren, da dieser die jährliche Herbstfreizeit für Pflegefamilien veranstalte und damit bereits Kontakt zu den Familien bestehe.

Beschluss:

--

11 Jugendhilfe-Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine

Herr Ratzmann erklärt, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die TOP 11.1 und 11.2 zusammenzufassen.

Zur Betreuung aus der Ukraine geflüchteter Kinder habe der Interessensverein eine Nachmittagsgruppe für 10 Kinder eingerichtet, es habe bereits einen starken Wechsel gegeben. Weiterhin sei er aktuell in Austausch mit dem Kinderschutzbund, um eine Vormittagsgruppe in deren Räumlichkeiten zu schaffen. Erstrebenswert sei im Hinblick auf Sprachbarrieren und den Fachkräftemangel sowie Jobangebote für Geflüchtete, die Kinder mit ukrainischen Erzieherinnen zu betreuen. Langfristig soll die Vermittlung ukrainischer Kinder jedoch ebenfalls über das KiTa-Portal laufen.

Auf Nachfrage von Herr Schaar antwortet Herr Ratzmann, dass der Wechsel kulturell bedingt sei und Kindergarten in der Ukraine stärker einer Vorschule ähnele, wodurch das Angebot teils nicht den Vorstellungen der Eltern entspreche. Herr Schaarschmidt ergänzt,

dass es in Sande Angebote für Eltern mit Kindern gebe.

Weiterhin, so Herr Ratzmann, halten die Familien- und Freizeitzentren Angebote für Geflüchtete bereit, die teils sehr stark genutzt werden. Insbesondere für ältere Menschen sehe er auch einen Bedarf für Seelsorge. Frau Willich berichtet aus Familienzentrums West, dass aktuell 28 Erwachsene dort zur Beratung kommen. Langfristig sei angestrebt, sie in die anderen Angebote der Familienzentren zu integrieren, aktuell sei jedoch der Beratungsbedarf so hoch, dass dies noch nicht möglich sei. Ein gutes Netzwerk aus Fachkräften und Ehrenamtlichen bilde eine große Unterstützung. Mehrere Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sprechen ihre Anerkennung für diese Arbeit aus.

Beschluss:

--

12 Mitteilungen und Anfragen

Beschluss:

--

12.1 Sachstand der Bewilligungen im Rahmen der Aktionsprogramme "Startklar in die Zukunft", „Aufholen nach Corona“ und „LernRäume“

Herr Ratzmann erklärt anhand der Anlage, dass das Jugendamt Wilhelmshaven sich im Hinblick auf die Gewinnung von Fördergeldern sehr stark engagiert habe.

Beschluss:

--

12.2 Vorstellung des Sommerferienprogramms der Stadtjugendpflege

Herr Gerjets stellt das Ferienprogramm der Stadtjugendpflege vor. Mit 32 Veranstaltenden sei ein buntes Programm mit etwa 110 Angeboten für Kinder ab 6 Jahren auf die Beine gestellt worden. Diese seien unter www.wilhelmshaven.feripro.de einsehbar. Darunter seien auch Fahrten zu finden.

Eine DIN A6-Broschüre gebe es nicht mehr, dafür werde ein Flyer mit Verweis auf die Website verteilt. Der Ferienpass (DIN A4-Zettel mit Gutscheinen) wurde aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Die Werbung für das Programm starte demnächst. Viele Netzwerkpartner bieten ebenfalls zahlreiche Angebote.

Beschluss:

--

12.3 Aktueller Planungsstand der Herbstfreizeit des Jugendamts

Herr Hager begrüßt Frau Menkens, die als Ehrenamtliche seit Jahren eine Herbstfreizeit für die Stadt Wilhelmshaven organisiert. Anhand der angehängten Präsentation zeigt Frau Menkens Informationen zu den 5tägigen Freizeiten für 25 Kinder im Waldhaus Zetel. Herr Weithöner bietet eine Kooperation mit dem außerschulischen Lernort Technik und Natur an.

Beschluss:

--

12.4 Abschlussbericht „Weltoffene Kommune“

Herr Leonhardt erklärt, dass die Schlussfolgerung aus dem Modellprojekt „Weltoffene Kommune“ sei, dass die Partizipation verbessert werden müsse. Am 20. oder 27.09. werde daher eine Dialogveranstaltung im Pumpwerk geplant, mit der Idee, ein Gremium wie einen „Integrationsbeirat“/„Ausländerbeirat“ zu schaffen. Herr Schaar und Herr Koût geben Hinweise zur Veranstaltungsmoderation, Frau Biela regt an, eine Kinderbetreuung während der Veranstaltung anzubieten.

Beschluss:

--

12.5 Umzug des Jugendamts in die Schellingstraße

Herr Ratzmann erklärt, dass der Jugendsozialdienst des Jugendamts zum 01.09.22 schrittweise das neue Gebäude in der Schellingstraße bezieht.

Herr Hager schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:00 Uhr.

Beschluss:

--

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:05 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in